

Nicht durchgearbeitete Akten geschreddert

(Ursprünglicher Titel: „Akten sind reif für den Reißwolf“)

Erstellt 10.10.2012

<http://www.ksta.de/politik/blb-nrw-akten-sind-reif-fuer-den-reisswolf,15187246,20568562.html>



Die Zentrale in Düsseldorf Foto: dapd

Es geht um 145 Millionen Euro Schaden, die dem Steuerzahler entstanden sind: Trotzdem wird es im Düsseldorfer Landtag keine neue Untersuchung zum Skandal um die Bau- und Liegenschaftsbetriebe geben. Abgeordnete geben zu, die Aufgabe „einfach unterschätzt“ zu haben.

Von Peter Berger

Köln/Düsseldorf.

Dieses heiße Eisen will keiner mehr anpacken. Im Düsseldorfer Landtag wird es keinen neuen Untersuchungsausschuss geben, der sich um die Aufklärung des Skandals um den landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) bemühen wird. Darin sind sich die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP offenbar einig. Dabei geht es um einen Schaden, den der Bund der Steuerzahler auf **145 Millionen Euro** geschätzt hat. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal ermittelt seit mehr als einem Jahr gegen rund **40 Verdächtige** wegen des Verdachts der Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit – und ein Ende ist nicht abzusehen.

Es ist der 19. Mai 2011, als der Landtag einstimmig beschließt, die Aufklärung des BLB-Skandals nicht bloß der Staatsanwaltschaft zu überlassen. Im Kern geht es um vier Projekte, die der **Wuppertaler Oberstaatsanwalt Tilman Baumert** gern als „kaufmännisch sinnlose Entscheidungen“ bezeichnet:

den Neubau des Duisburger Landesarchivs mit einem geschätzten Schaden von mindestens 50 Millionen Euro,

die Erweiterung des Polizeipräsidiums in Köln-Kalk (Schaden 60 Millionen Euro),

den geplanten Fachhochschulcampus in der Kölner Südstadt (Schaden durch den Wertverlust beim Grundstück von zehn Millionen Euro)

und den Kauf des Schlosses Kellenberg bei Jülich (Schaden drei Millionen Euro).

Hinzu kommen der Erwerb des Vodafone-Hochhauses in Düsseldorf (Schaden 20 Millionen Euro) und die Erweiterung des Universitätsklinikums Essen (Kostenexplosion um 55 Prozent auf 82 Millionen Euro).

Schon bei der Einsetzung gibt es erhebliche Zweifel, ob ein Untersuchungsausschuss diese Aufgabe auch nur ansatzweise bewältigen kann. Zumal die Parlamentarier ihn politisch überfrachten.

Rot-Grün will im Zusammenhang mit dem Landesarchiv Duisburg die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Finanzminister Helmut Linssen und dem damaligen Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff in die Verantwortung nehmen. Sie hätten das Landesarchiv nicht wie geplant auf die grüne Wiese in Düsseldorf setzen wollen, sondern als städtebauliches Zeichen in einen alten Getreidespeicher im Duisburger Hafen. Mit den entsprechenden Folgen **einer Kostenexplosion von 368 Prozent** auf zuletzt **190,4 Millionen Euro**.

Die Skandale der BLB



[Bildergalerie \(4 Bilder\)](#)

CDU und FDP wollen noch grundsätzlicher werden und die Rolle der BLB-Geburtshelfer untersucht wissen: die rot-grüne Regierung aus dem Jahr 2000 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, Finanzminister Peer Steinbrück und Bauminister Michael Vesper (Grüne). Die Linken wollen das gesamte System auf den Prüfstand stellen. Am Ende umfasst das Auftragspaket 14 Punkte, darunter die Forderung, die Strukturen des BLB grundsätzlich zu klären.

Statt jährlicher Einnahmen nur hohe Verluste

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB) verwaltet mehr als 1300 Grundstücke und 4250 Immobilien. Insgesamt bewirtschaftet er eine Fläche von rund 41 Millionen Quadratmetern. Pro Jahr investiert der Landesbetrieb eine Milliarde Euro. Der BLB wurde im Jahr 2000 von der rot-grünen Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD) ins Leben gerufen. Damals wurde das gesamte Liegenschaftsvermögen, das nach heutigem Stand knapp neun Milliarden Euro wert ist, vom übrigen Landesvermögen abgekoppelt.

Ein Landesbetrieb, der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird, sollte jährlich

Gewinne von bis zu 40 Millionen Euro in die Landeskasse spülen. Tatsächlich hat der BLB aber nur Verluste erwirtschaftet: 2009 waren es 120 Millionen Euro, im Jahr darauf rund 145 Millionen Euro. Der Geschäftsbericht für 2011 liegt noch nicht vor. (pb)

Akten geschreddert

Im September 2011, fünf Monate nach seiner Einsetzung, nimmt der Untersuchungsausschuss mit der konstituierenden Sitzung seine Arbeit auf. 100 000 Euro hat allein das Einscannen der rund 5000 Akten gekostet, die den Parlamentariern auf einer externen Festplatte zur Verfügung stehen.

Weitere 2000 Aktenordner stehen gar nicht oder nur sporadisch zur Verfügung, weil sie noch Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen sind. Fünf Monate später, am 14. März, ist die rot-grüne Minderheitsregierung am Ende, löst sich der Landtag überraschend auf. Das bedeutet auch das Aus für den Untersuchungsausschuss am Ende. Gerade zwei Zeugen hat er vernommen. Zutage gefördert hat er nichts. **Die Festplatten und Aktenkopien seiner Mitglieder werden 24 Stunden später eingesammelt und vernichtet.** So will es das Gesetz.

„Wir haben die Aufgabe einfach unterschätzt“, sagt die Landtagsabgeordnete Nadja Lüders, damals SPD-Obfrau im Untersuchungsausschuss. Man habe sich bemüht, das Thema zu strukturieren. Aber allein der Komplex Landesarchiv Duisburg, „den wir uns zuerst vorgenommen haben“, sei völlig undurchsichtig gewesen. „Das Einzige, was ich beim Studium der BLB-Akten gelernt habe, ist, dass sie völlig unstrukturiert waren. Man hat zwölf Stunden vor dem Computer gesessen und versucht, wenigstens ein paar Zusammenhänge zu durchschauen.“

„krasses Fehlverhalten“ der BLB bescheinigt

Den Ausschuss wieder einzusetzen, werde man schon aus Kostengründen keinem Bürger begreiflich machen könnten. „Es müssten alle Akten noch einmal eingescannt werden. Wir müssten uns alle wieder einarbeiten und könnten vielleicht in einem Jahr mit der Arbeit beginnen.“ Bei der Aufklärung des Skandals müsse man voll auf die Staatsanwaltschaft setzen. Die Komplexe Landesarchiv Duisburg, Schloss Kellenberg und Polizeipräsidium Köln habe der Landesrechnungshof weitgehend untersucht. In Sachen Landesarchiv Duisburg hat der Landesrechnungshof dem BLB bei Bau und Planung „krasses Fehlverhalten“ bescheinigt. Die Berichte zum Schloss Kellenberg und zum Polizeipräsidium Köln stellen dem BLB ebenfalls denkbar schlechte Zeugnisse aus.

„Wir müssen uns jetzt darum kümmern, wie wir den Bau- und Liegenschaftsbetrieb besser unter Kontrolle bekommen können“, sagt Nadja Lüders. Da stelle sich unter anderem die Frage, ob man den Verwaltungsrat nicht durch einen Aufsichtsrat ersetzen müsse, der andere Prüfmöglichkeiten habe.

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie den Komplex Kölner Fachhochschule einfach so auf sich beruhen lässt.“

Für den CDU-Landtagsabgeordneten Peter Biesenbach – den damaligen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses – macht es ebenfalls keinen Sinn, den Faden noch einmal aufzunehmen. „Für mich war das damals ausschließlich politisch motiviert, diesen Ausschuss einzusetzen“. Das habe schon deshalb keinen Sinn gehabt, weil „die interessanten Zeugen wegen der laufenden Ermittlungsverfahren jederzeit die Aussage hätten verweigern können“. SPD und Grüne hätten mit dem Ausschuss lediglich das Ziel verfolgt, die ehemalige Landesregierung unter Jürgen Rüttgers im Nachhinein in Misskredit zu bringen. „Die Strafverfahren laufen doch alle noch. Sie werden schon Aufklärung bringen.“

Ob der Landesrechnungshof noch einen Sonderbericht zum Fachhochschulcampus im Kölner Süden vorlegen wird, ist völlig unklar. Man sei nicht berechtigt, „Informationen zu unserem Prüfungsgeschäft herauszugeben“, teilte eine Sprecherin mit. „Dies beinhaltet auch die Information,

ob ein bestimmter Gegenstand geprüft wird oder nicht.“ Sie könne sich durchaus vorstellen, dass „da noch etwas kommt“, sagt Nadja Lüders. Schließlich habe die neue Präsidentin Brigitte Mandt (SPD) zuvor als Staatssekretärin im NRW-Justizministerium gearbeitet. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie den Komplex Kölner Fachhochschule einfach so auf sich beruhen lässt.“